



Kundgebungen wie die vom BUND seit Jahren mitveranstaltete Demo »Wir haben es satt« fördern das demokratische Engagement.

ATTAC-URTEIL

WAS IST GEMEINNÜTZIG?

Politisch aktive Vereine stützen die Demokratie. Doch ihr Einfluss führt vermehrt zu Kritik – und zu Versuchen, ihnen die Gemeinnützigkeit streitig zu machen. Hier muss der Gesetzgeber reagieren.



OLAF BANDT

leitet als Bundesgeschäftsführer die Politik und Kommunikation des BUND.

In den vergangenen Jahren häufen sich Angriffe aus Justiz und Politik auf Umweltverbände und andere Vereine der Zivilgesellschaft: So entzog kürzlich das Bundesfinanzgericht »Attac« die Gemeinnützigkeit. Krise der AFD, FDP und Union fordern, auch der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Ähnlich erging es dem BUND 2011 in Hamburg, als er einen Volksentscheid unterstützte, um die Hamburger Stadtwerke zu rekommunalisieren.

Der Verlust der Gemeinnützigkeit ist für die Betroffenen existenzbedrohend. Das Finanzamt verlangt dann die Einkommensteuern, die Mitglieder und Spenderinnen per Spendenquittung gespart haben, von der Organisation zurück. Da dies oft rückwirkend für mehrere Jahre erfolgt, kann der Entzug kleine und große Vereine in den Ruin treiben. Seit dem Urteil gegen Attac fragen sich deshalb viele, wie sie politisch aktiv bleiben können.

DROHT EINE ORBANISIERUNG?

Die scharfen Angriffe auch aus etablierten Parteien sind in Deutschland neu. In Ländern wie Ungarn dagegen sind massive Angriffe und die Behinderung von Stiftungen und Vereinen längst an der Tagesordnung. Wer unliebsam ist und sich etwa für die Umwelt oder Geflüchtete einsetzt,

den will Victor Orban per Sondergesetz »wegputzen«.

In Deutschland galt das bislang als undenkbar. Doch nun wird uns und anderen offen unterstellt, wir seien (statt für inhaltliche Ziele) nur aktiv, um Spenden einzuwerben. In der Kritik stehen grundsätzlich alle Vereine, die politische Entscheidungen angeblich zu stark beeinflussen.

Dabei erfüllen Vereine und Verbände eine zunehmend wichtige Rolle in modernen Demokratien. Indem wir mehr Klimaschutz oder eine artgerechte Tierhaltung fordern, greifen wir Anliegen auf, die sich auf große Mehrheiten in der Gesellschaft stützen. Und wir bieten Menschen, die sich sonst nicht vertreten fühlen, ein parteiübergreifendes Engagement an. Wir rufen zur Teilnahme an Wahlen oder Volksentscheiden auf, eine Säule der Demokratie. Droht das künftig unsere Gemeinnützigkeit zu gefährden?

GEMEINNÜTZIG NEU DEFINIEREN

Rein formal beruhen die Angriffe auf einer engen Auslegung der Abgabenordnung, die gemeinnützige Spendenzwecke bestimmt. Beim BUND sind dies der Natur- und Umweltschutz und die Landschaftspflege, die als eindeutig gemeinnützig gelten. So urteilte das Bundesfinanzgericht 2017, der BUND dürfe bei der Verfolgung dieser Ziele auch politisch Einfluss nehmen, was das Grundgesetz im Kern den Parteien vorbehält. Uns droht daher zur jetzigen Zeit kein Entzug unserer Gemeinnützigkeit.

Viel schwerer wiegt dies bei Attac oder Compact, die gemeinnützig wurden, weil sie die politische Bildung fördern. Laut Bundesfinanzgericht schließt das einen gezielten Einfluss auf politische Entscheidungen aus – eine sehr enge Auslegung von politischer Bildung.

Wegen der Bedeutung vieler politisch aktiver Vereine für unsere Demokratie bedarf es dringend einer Rechtsreform, wonach demokratisches politisches Engagement selbstverständlich gemeinnützig ist. Nur so lassen sich die Meinungsfreiheit und das Engagement vieler Vereine für eine lebendige Demokratie sichern.

RIESENERFOLG

INSEKTEN JETZT SCHÜTZEN

»Rettet die Bienen« ist das erfolgreichste Volksbegehren in der Geschichte Bayerns. Im April erklärte die Staatsregierung überraschend, den Gesetzentwurf anzunehmen.



SILVIA BENDER

leitet die Abteilung
Biodiversität des BUND.

Das fortschreitende Insektensterben hat dramatische Züge angenommen. Auch deshalb war das bayerische Volksbegehren »Rettet die Bienen« so ungemein erfolgreich. Immer mehr Menschen fordern zu Recht: Die Politik muss endlich wirksame Maßnahmen ergreifen, um unsere Insekten zu schützen.

18,4 Prozent der Wahlberechtigten in Bayern unterstützten bis Mitte Februar das Volksbegehren »Rettet die Bienen«. Damit gaben 1,74 Millionen Menschen den immer leiser werdenden Insekten ihre Stimme. Sie forderten einen besseren Biotopverbund, mehr blühende Wiesen, geschützte Randstreifen an Gewässern und



Erfolgreicher Protest – rechts vorne der Vorsitzende des BUND Bayern, Richard Mergner.

weniger Pestizide. Mit der Annahme durch Bayerns Regierung soll all dies nun zum Gesetz werden!

SIGNAL FÜR BRÜSSEL UND BERLIN

Möglich wurde dieser Erfolg durch den unermüdlichen Einsatz vieler ehrenamtlich Aktiver – auch vom BUND in Bayern. Ihnen und allen, die das Volksbegehren unterzeichnet haben, ein herzliches Dankeschön! Denn der bayerische Erfolg ist auch ein klares Signal an die Politik in Brüssel und Berlin, den Insektenschutz endlich mit der nötigen Ernsthaftigkeit voranzutreiben. Ein Anliegen, das übrigens bundesweit Unterstützung findet. Laut einer Umfrage, die der BUND im März in Auftrag gab, wünschen sich 79 Prozent der Befragten verbindliche Regeln, um die Insekten zu schützen.

Doch die Bundesregierung tut sich damit schwer. So liegen vom »Aktionsplan Insektenschutz«, der im Koalitionsvertrag zugesagt wurde, bislang nur Eckpunkte vor. Derzeit diskutieren Union und SPD, wie er konkret ausgestaltet werden soll.

URSACHEN EINDEUTIG

Dabei belegen aktuelle Studien, wie dramatisch das Insektensterben heute voranschreitet: Jedes Jahr verschwinden

(bezogen auf ihre Biomasse) zwei Prozent der Insekten weltweit, an Land sind Schmetterlinge, Käfer und Hautflügler wie Wildbienen besonders stark betroffen.

Was sind die Ursachen? Laut Wissenschaft vor allem die industrielle Landwirtschaft und die Klimakrise. In unserer Umfrage sprachen sich zwei Drittel der Befragten dafür aus, die Landwirtschaft zum Insektenschutz zu verpflichten. 87 Prozent der Befragten wollen den Bäuerinnen und Bauern dafür Geld bereitstellen – ein Signal an die Bundesregierung, die Agrarförderung in Deutschland und auf europäischer Ebene endlich umweltgerechter zu gestalten.

Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen – nach diesem Prinzip müssen Betriebe honoriert werden, die Insekten schützen, also Lebensräume wie Hecken schaffen oder auf Pestizide verzichten. Dafür werden wir weiter Druck aufbauen. So startete der BUND an Ostern auch in Brandenburg mit Verbündeten eine Volksinitiative zum Schutz der Insekten.



WWW.BUND.NET/INSEKTEN

DIE KUNST DER DEMOKRATIE

Kann ein Umweltverband wie der BUND die Welt nachhaltiger machen? Ein Gespräch mit unserem Vorsitzenden Hubert Weiger und Uwe Schneidewind, der Präsident des Wuppertal-Instituts ist und dem Wissenschaftlichen Beirat des BUND angehört.



Hubert Weiger im Gespräch mit Uwe Schneidewind (rechts).

Herr Schneidewind: Das Wuppertal-Institut hat sich der »Utopie einer nachhaltigen Entwicklung« verschrieben. Ihr neues Buch »Die große Transformation« handelt davon, wie dieser Wandel bewerkstelligt werden kann. Welche Rolle spielt der BUND hierbei?

US: Unser Institut und der BUND haben eines gemeinsam: einen klaren Kompass. Der BUND hinsichtlich seiner politischen Arbeit, und wir mit Blick darauf, welches Wissen wir für die Gesellschaft und Politik produzieren – nämlich Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung. Über die Jahre haben wir gemerkt, dass es offenbar nicht ausreicht, ganz rational Zusammenhänge zu erklären und zu verdeutlichen, was eigentlich passieren müsste. Denn die Welt läuft trotzdem in eine andere Richtung.

Woran liegt das? Meine These ist: Um besser zu verstehen, wie sich Veränderungen vollziehen, ist Zukunftskunst gefragt. Was heißt: Prozesse des Wandels kreativ und mit Lust an der Gestaltung zu begleiten.

Den BUND verstehen Sie dabei als Mahner, als Mittler und als Motor des Wandels?

US: Richtig, ich messe der Zivilgesellschaft und damit auch den Umweltverbänden eine zentrale Rolle in diesem Wandel zu. Nachhaltige Entwicklung bedeutet im Kern ja eine moralische Revolution, einen Zivilisationssprung in diesem 21. Jahrhundert: nämlich allen bald acht Milliarden Menschen den gleichen Anspruch auf ein gutes Leben zuzugestehen. Und das, obwohl die Erde ökologisch begrenzt ist. Institutionen, die für diesen humanistischen Traum öffentlich eintreten und diese Werte hochhalten, spielen hier als positive Mahner eine ganz wichtige Rolle.

Mittler ist der BUND, indem er Plattformen organisiert für die gemeinsame Arbeit seiner vielen Mitglieder, die – so verschieden sie sind – ein Ziel vereint. Und Motor heißt: immer wieder mit gutem Beispiel voranzugehen. Gerade ein starker Mitgliederverband kann mit seinen

Kreis- und Ortsgruppen zeigen, was vor Ort möglich ist. Ein erfolgreicher Umweltverband spielt auf all diesen drei Bühnen.

Eine große Bühne bot zuletzt die Kohlekommission. Herr Weiger: In welcher Funktion war der BUND hier gefragt?

HW: Vorab: Schon seit seiner Gründung fühlt sich der BUND der Nachhaltigkeit verpflichtet. Früh war für uns ganz klar: Um ein gutes Leben für alle zu erreichen, müssen wir alle Bereiche der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verändern – und das teilweise radikal. Und dafür müssen wir die Menschen begeistern. Oft fällt es allerdings nicht leicht, sich über die Gräben hinweg auf das Gemeinsame zu besinnen. Zumal wir ja eher trainiert sind, Konflikte zu verschärfen als Gräben zu schließen.

Zum Kohlekompromiss: Die Betroffenen haben berechnete Interessen – ob sie im Bergbau beschäftigt sind, vom subventionierten Kohlestrom profitieren oder ihre Heimat an die Bagger verlieren sol-

len. Auch wir sind betroffen, indem wir die Interessen künftiger Generationen vertreten, die ausbaden müssen, was ihnen klimapolitisch eingebrockt wurde. Zum ersten Mal saßen wir alle an einem Tisch. Es dauerte seine Zeit, sich kennenzulernen und Verständnis füreinander aufzubauen. Ganz deutlich wurde: Die ökologische Frage ist nur gemeinsam mit der sozialen gut zu lösen.

Der BUND war hier also zuerst als Mittler gefragt?

US: Ja, denn die Idee nachhaltiger Entwicklung ist zutiefst demokratisch.

Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf Entwicklung, auch die vielen Milliarden Menschen weltweit, die keine Stimme besitzen. Mit diesem Leitbild darf ich die Demokratie nie verraten, nur weil ich an einer vermeintlich starrsinnigen Politik verzweifle. Die Kohlekommission ist für mich ein starkes Signal, dass unsere Anliegen demokratisch vorangetrieben werden können. Hätte der BUND – ganz als Kämpfer – diese Kommission platzen lassen, hätte das nur die Abwicklung demokratischer Prozesse gefördert, wie wir sie heute in vielen Ländern beobachten.

Der BUND wäre aber kaum beteiligt worden, hätte er nicht zuvor für seine Ziele gekämpft.

HW: Und besonders für uns spricht hier der basisdemokratische Aufbau, unsere Orts- und Kreisgruppen. Wir wissen, was es heißt, öffentlich Druck auszuüben und Dinge auszuhandeln und Kompromisse zu schließen, damit das Ergebnis am Ende Akzeptanz findet. Hätten wir den Kohlekompromiss abgelehnt, wäre der erste – politisch wohl ehrlich gemeinte – Versuch des nötigen Wandels gescheitert. Und das zum Schaden des Klimas.

So haben wir gezeigt: Es ist möglich, im Sinne der kommenden Generationen zu handeln, demokratisch vereinbart. Weil wir Alternativen und Visionen haben. Wir müssen uns wieder mehr der Zukunft zuwenden als den Fehlentwicklungen der

Vergangenheit. Wie soll unser Leben heute und morgen ausschauen? Wie gestalten wir diesen Wandel? Und wie sichern wir das Wohl derer, die nach uns kommen?

US: Als Umweltverband haben wir die innere Freiheit, die Rechte von Menschen mitzudenken, die noch gar nicht geboren sind. Huber Weiger hatte in der Kohle-

Sie braucht Menschen, die sich einbringen, die diskutieren, auf die Straße gehen, mit der Politik reden. Dafür gibt es im BUND viele ermutigende Beispiele. Hinter jedem Umwelterfolg der letzten Jahrzehnte stehen Menschen, die das initiiert haben. Und die als Pioniere – der Windkraft, des Ökolandbaus und so weiter – belächelt, ausgegrenzt, ja beschimpft wurden. Den Jugendlichen, die nun für ihre Zukunft auf die Straße gehen, will ich damit sagen: Lasst euch nicht entmutigen! Engagiert Euch weiter, damit sich etwas bewegt für die Nachhaltigkeit.

»Wir müssen motivieren und fördern, damit die Demokratie Anerkennung findet.«

kommission das Mandat der BUND-Mitglieder, auch die Rechte der künftigen Generationen mit zu verhandeln, gleichberechtigt mit anderen.

HW: Jemanden ernst zu nehmen heißt auch, nicht nur an egoistische Motive zu appellieren. Sondern an die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen – für die eigenen Kinder und Enkel, aber auch die Mitgeschöpfe, deren Lebensraum wir zerstören. Wir müssen es schaffen, dass möglichst viele Menschen erkennen: Da wollen uns nicht die Naturschützer wieder irgendwas verbieten – da geht es um uns selbst.

Wie kann der BUND hier Brücken bauen?

HW: Wir dürfen Menschen nicht an den Pranger stellen. Wir müssen ins Gespräch kommen und politisch dafür sorgen, dass beispielsweise die Bauern überleben können, mit Ökolandbau und artgerechter Tierhaltung. Wir müssen motivieren und fördern, damit die Demokratie ihre Anerkennung findet. Viele sagen: Schaut die Chinesen an, die schaffen mit einem Erlass, woran wir jahrelang scheitern. Wir aber setzen auf Überzeugung, auf den Wandel als gemeinsamen Prozess.

US: Der BUND stärkt die Demokratie, indem er Formen der Selbstermächtigung fördert. Damit spielt er eine zentrale Rolle in dieser Phase des Umbruchs.

HW: Die Demokratie erlaubt etwas zu bewegen, indem man sich selbst bewegt.

SZ





Jiri Bodahl (2)

GARTENSCHLÄFER

ZORRO AUF DER SPUR

Kürzlich hat sie begonnen, die »Spurensuche Gartenschläfer«. Der BUND möchte mehr herausfinden über ein kleines Säugetier, das immer seltener wird.

Mit dem Frühling sind auch die Gartenschläfer aus ihrem Winterschlaf erwacht. Jetzt kann die Spurensuche beginnen: BUND, Justus-Liebig-Universität Gießen und Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung starteten im April ihre erste Forschungssaison. Denn die Schlafmaus mit der unverkennbaren »Zorro-Maske« gibt Rätsel auf: Aus vielen Regionen in Deutschland und Europa ist sie spurlos verschwunden. Binnen nur 30 Jahren ist ihr Verbreitungsgebiet um die Hälfte geschrumpft.

Gleichzeitig ist nur wenig über den kleinen Nager bekannt. Wie man ihn wirklich schützen kann, ist noch völlig unklar. Unsere Spurensuche befasst sich deshalb in den nächsten drei Jahren intensiv damit, den Gartenschläfer zu erforschen. Auf dieser Grundlage wollen wir in den drei Jahren darauf dann gezielte Schritte für seinen Schutz einleiten. Gefördert wird dies im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt vom

Bundesamt für Naturschutz (mit Mitteln des Bundesumweltministeriums).

Die aktuellen Untersuchungen beziehen alle denkbaren Faktoren mit ein: Was frisst der Gartenschläfer, und wie ist es um sein Nahrungsangebot bestellt? Welche Lebensräume besiedelt er? Mag er es kalt oder warm, trocken oder feucht? Welche Krankheiten und Parasiten plagen ihn, wer sind seine Feinde? Dies und manches mehr zu untersuchen ist nur möglich, wenn uns dabei viele ehrenamtliche Spurensucher*innen helfen. Wir freuen uns über tatkräftige Mitarbeit!

Die Erforschung und der Schutz der Gartenschläfer sind ein Teil dessen, was Naturschutz und Wissenschaft heute tun, um die biologische Vielfalt zu bewahren. Denn die Gründe für das Verschwinden des Gartenschläfers können auch für andere Arten von Bedeutung sein. Bleiben Sie auf dem Laufenden unter www.gartenschlaefer.de





Jiri Bodan

STECKBRIEF

GRÖSSE

- Körperlänge 12–17 cm
- Schwanzlänge 10–14 cm

GEWICHT

- 60–90 Gramm, im Winter bis über 130 Gramm

LEBENSWEISE

- ausgedehnter Winterschlaf von Oktober bis April in Baumhöhlen und Felsspalten, aber auch in Mauern und Gebäuden
- Gartenschläfer sind fast ausschließlich nachtaktiv. Sie verbringen den Tag in kugelförmigen Nestern, die sie in Baum- und Felshöhlen, in Nistkästen, aber auch im Gebüsch anlegen.

NAHRUNG

- Der Gartenschläfer ist ein Allesfresser: Er verspeist vor allem Insekten, Spinnen, Würmer, Schnecken und Eier, aber auch Früchte, Samen und Knospen.

WANTED

Uns erreichen bereits viele Hinweise von Sichtungen des Gartenschläfers. Besten Dank! Jeder Hinweis hilft uns, der kleinen Schlafmaus und ihrem rätselhaften Verschwinden auf die Spur zu kommen. Sie haben einen Gartenschläfer gesehen? Melden Sie ihn unter: www.gartenschlaefer.de

Sie möchten mit uns noch tiefer in die Gartenschläfer-Forschung einsteigen und zum Beispiel Spuren oder Nistkästen untersuchen? Dann melden Sie sich gerne: **Andrea Andersen, andrea.andersen@bund.net**

3 FRAGEN AN DEN EXPERTEN



Johannes Lang,
Justus-Liebig-Universität Gießen

Wo sind Gartenschläfer heimisch? Vor allem in Gärten, wie ihr Name es vermuten lässt?

Das stimmt zumindest im Süden und im Westen von Deutschland. Dort kommen Gartenschläfer in Gärten, auf Obstwiesen und in Weinbergen vor. In den Mittelgebirgen aber sind sie vor allem im Wald heimisch. Diese Vielseitigkeit der Lebensräume ist erstaunlich. Ein Tier, das so anpassungsfähig zu sein scheint und trotzdem aus vielen Regionen verschwindet – das gibt der Forschung Rätsel auf.

Was tun, wenn man die Tiere im Garten hat?

Zuallererst: Freuen Sie sich über Ihre Mitbewohner! Sie nagen schon mal am Obst oder suchen sich in Lauben ihr Winterquartier. Aber sie gehören zu unserer Artenvielfalt und verdienen unseren Schutz. Je natürlicher ein Garten ist – mit Hecken, Baumhöhlen, heimischem Beerenobst –, umso wohler fühlen sich auch die Gartenschläfer. Noch ein Tipp: Decken Sie Ihre Regentonne ab, damit die Tiere nicht dar-

in ertrinken. Und vergessen Sie nicht, uns Ihre Sichtung auf gartenschlaefer.de zu melden!

Können die Schlafmäuse auch im eigenen Garten angesiedelt werden?

Gartenschläfer stehen unter Naturschutz. Sie dürfen nicht einfach der Natur entnommen und an anderer Stelle wieder ausgesetzt werden.

»Dieses Tier gibt uns Rätsel auf.«

Zudem gibt es zwischen verschiedenen Regionen große genetische Unterschiede. Die werden wir bei unserer Spurensuche einmal genauer betrachten. Wenn wir im Rahmen des Projektes Tiere in bestimmten Regionen wieder ansiedeln, werden wir diesen Aspekt auf jeden Fall mit berücksichtigen.